

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. Februar 1993

am Donnerstag, dem 4. Februar 1993

## Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i>                          | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i>                                   | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|---------------------------------------------|-----------------------------|------------------------------------------------------|-----------------------------|
| Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU) . . . . .   | 20, 21                      | Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD) . . . . .              | 4, 5                        |
| Dr. Briefs, Ulrich (fraktionslos) . . . . . | 54, 55                      | Dr. Niehuis, Edith (SPD) . . . . .                   | 9, 10                       |
| Dr. Däubler-Gmelin, Herta (SPD) . . . . .   | 11, 12                      | Opel, Manfred (SPD) . . . . .                        | 23, 40                      |
| Erler, Gernot (SPD) . . . . .               | 58, 59                      | Peter, Horst (Kassel) (SPD) . . . . .                | 13, 14                      |
| Gansel, Norbert (SPD) . . . . .             | 19, 39                      | Dr. Protzner, Bernd (CDU/CSU) . . . . .              | 25, 26                      |
| Graf, Günter (SPD) . . . . .                | 7, 8                        | Ringkamp, Werner (CDU/CSU) . . . . .                 | 3                           |
| Harries, Klaus (CDU/CSU) . . . . .          | 51                          | Schütz, Dietmar (SPD) . . . . .                      | 34, 35                      |
| Heinrich, Ulrich (F.D.P.) . . . . .         | 22, 31                      | Dr. Schumann, Fritz (Kroppenstedt) (PDS/Linke Liste) | 32, 33                      |
| Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.) . . . . .     | 17, 18                      | Stiegler, Ludwig (SPD) . . . . .                     | 24, 27                      |
| Jäger, Claus (CDU/CSU) . . . . .            | 56, 57                      | Tappe, Joachim (SPD) . . . . .                       | 46, 47                      |
| Jäger, Renate (SPD) . . . . .               | 29, 30                      | Wallow, Hans (SPD) . . . . .                         | 42, 43                      |
| Kastner, Susanne (SPD) . . . . .            | 37, 38                      | Weis, Reinhard (Stendal) (SPD) . . . . .             | 41                          |
| Kriedner, Arnulf (CDU/CSU) . . . . .        | 1, 2                        | Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.) . . . . .    | 52, 53                      |
| Kubatschka, Horst (SPD) . . . . .           | 36, 48                      | Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU) . . . . .     | 28                          |
| Lowack, Ortwin (fraktionslos) . . . . .     | 6                           | Wolf, Hanna (SPD) . . . . .                          | 15, 16                      |
| Dr. Lucyga, Christine (SPD) . . . . .       | 44, 45                      |                                                      |                             |
| Matschie, Christoph (SPD) . . . . .         | 49, 50                      |                                                      |                             |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|                                                                                                 | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .                                       | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit . . . . .                                   | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung<br>und Technologie . . . . .                 | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .                                       | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .                                     | 7     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .                                   | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,<br>Landwirtschaft und Forsten . . . . .     | 9     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .                                 | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .                                      | 11    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,<br>Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . . | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Post<br>und Telekommunikation . . . . .                | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .                                  | 13    |

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter  
**Arnulf  
Kriedner**  
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die erforderliche Überprüfung eines redlichen Erwerbs eines Vermögenswertes (§ 4 VermG, Abs. 2 und 3) durch die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen und durch die strengen Auflagen, die von den Verwaltungsgerichten in den neuen Bundesländern an diesen Amtsermittlungsgrundsatz gestellt werden, sowie bedingt durch die hohe Widerspruchsquote der Alteigentümer in Anbetracht der zu erwartenden vergleichsweise ungünstigen Entschädigungsregelung bei nahezu 100 % der Fälle – soweit Grundstücke und Gebäude anspruchsbefahet sind – bis zur bestands- und rechtskräftigen Entscheidung zwei bis drei Jahre und, falls der bisherige Verfügungsberechtigte Gegenklage erhebt, sogar vier bis sechs Jahre vergehen und somit Investitionen in diesem Bereich für die genannten Zeiträume nicht erfolgen können?

2. Abgeordneter  
**Arnulf  
Kriedner**  
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung eine Regelung, mit der ggf. vom Restitutionsgrundsatz im Falle des unredlichen Erwerbs Abstand genommen wird unter der Maßgabe, daß dem Alteigentümer vom unredlichen Erwerber der Verkehrswert ersetzt werden muß, bzw. ist eine Initiative geplant, die Verfahren zur Feststellung des redlichen Erwerbs zu vereinfachen und zu verkürzen, damit für die Betroffenen schnellere Rechtssicherheit erreicht und die anstehenden Investitionen durchgeführt werden können, und wie soll eine solche Regelung aussehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit**

3. Abgeordneter  
**Werner  
Ringkamp**  
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung schon Schritte eingeleitet, um den „Europäischen Aktionsplan Alkohol“ der Weltgesundheitsorganisation – Regionalbüro für Europa vom 14. Mai 1992 in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen, bzw. was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Plan tatkräftig zu unterstützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung  
und Technologie**

- |                                                                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|--------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 4. Abgeordneter<br><b>Dr. Jürgen<br/>Meyer<br/>(Ulm)<br/>(SPD)</b> | Trifft es zu, daß dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit zum Sicherheitsstandard des Kernkraftwerks Gundremmingen vorliegt, und enthält dieses Gutachten in diesem Zusammenhang kritische Feststellungen? |
| 5. Abgeordneter<br><b>Dr. Jürgen<br/>Meyer<br/>(Ulm)<br/>(SPD)</b> | Ist dieses Gutachten von der Bundesregierung mit einem Sperrvermerk versehen worden, und wann soll es ggf. der betroffenen Bevölkerung und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?                                                                                              |

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

- |                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|----------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 6. Abgeordneter<br><b>Ortwin<br/>Lowack<br/>(fraktionslos)</b> | Entspricht das „Recht auf die Heimat“, das in der Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992 und in der Verfassung von Baden-Württemberg enthalten ist, nach Auffassung der Bundesregierung den „Grundprinzipien des GG“?                                                                                                                     |
| 7. Abgeordneter<br><b>Günter<br/>Graf<br/>(SPD)</b>            | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der letzten Zeit verstärkt die verschiedenen Fernsehanstalten (öffentlich-rechtliche und private) das Elend und die Not anderer Menschen, bestimmte Schicksals- und Notsituationen filmen und über das Medium Fernsehen der Öffentlichkeit darstellen, und was gedenkt sie ggf. dagegen zu tun? |
| 8. Abgeordneter<br><b>Günter<br/>Graf<br/>(SPD)</b>            | Trifft ein Bericht im Bonner „Express“ vom 20. Januar 1993 zu, daß das RTL-Team unter der Leitung des Herrn Uhrmeister, Chef der Sendung „Im Visier“, von einem Bundesgrenzschutz-Hubschrauber zum Filmort geflogen wurde?                                                                                                                             |

- |                                                                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|--------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>9. Abgeordnete<br/>Dr. Edith<br/>Niehuis<br/>(SPD)</b>          | Wie werden von der Zirndorfer „Anerkennungsstelle für ausländische Flüchtlinge“ Asylverfahren von Vergewaltigungsopfern aus den jeweiligen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens entschieden, und wie wird in den jeweiligen Fällen über Bleiberecht entschieden?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| <b>10. Abgeordnete<br/>Dr. Edith<br/>Niehuis<br/>(SPD)</b>         | Wie viele Asylverfahren von Vergewaltigungsopfern aus welchen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens sind in Zirndorf anhängig?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
| <b>11. Abgeordnete<br/>Dr. Herta<br/>Däubler-Gmelin<br/>(SPD)</b>  | In wie vielen Ablehnungsbescheiden des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sind in den letzten zwölf Monaten auf Asylersuchen vergewaltigter Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien, insbesondere aus Bosnien, Ablehnungsbescheide ergangen bzw. Asylverfahren mit der Begründung abgelehnt worden, daß Vergewaltigung asylunerheblich ist, weil es sich um eine normale kriminelle Straftat handelt und eine solche Straftat politisch nicht motiviert ist, und wie viele Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind aufgrund dieser Entscheidungen aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben oder mit Abschiebung bedroht worden? |
| <b>12. Abgeordnete<br/>Dr. Herta<br/>Däubler-Gmelin<br/>(SPD)</b>  | Welchen rechtlichen Status besitzen diese vergewaltigten Frauen nach ihrer Ablehnung in Anbetracht der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein sogenannter B-Status für Flüchtlinge bisher nicht existiert, und wie sind diese Frauen vor Abschiebung geschützt?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| <b>13. Abgeordneter<br/>Horst<br/>Peter<br/>(Kassel)<br/>(SPD)</b> | Wie viele abgelehnte Asylbewerber/Asylbewerberinnen haben 1991 und 1992 eine Aufenthaltsbefugnis nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| <b>14. Abgeordneter<br/>Horst<br/>Peter<br/>(Kassel)<br/>(SPD)</b> | Wie viele abgelehnte Asylbewerber/Asylbewerberinnen haben 1991 und 1992 eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund ausländerrechtlicher Bestimmungen erhalten?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| <b>15. Abgeordnete<br/>Hanna<br/>Wolf<br/>(SPD)</b>                | In wie vielen Ablehnungsbescheiden des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sind Feststellungen verwendet worden wie                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |

- die Vergewaltigung ist letztlich asylunerheblich, ein solches Vergehen ist grundsätzlich nicht politisch motiviert, sondern stellt eine normale kriminelle Straftat dar;
- die Antragsteller haben nicht glaubhaft gemacht, daß die Weigerung der Polizisten auf der Wache, ihrer Anzeige nachzugehen, dem Heimatstaat als Schutzverweigerung zuzurechnen ist,

und führt der Umstand, daß die Polizisten mehrfach unter Anwendung von Gewalt den Antragsteller bedrängt haben, die Anzeige nicht weiter zu verfolgen, zu der Schlußfolgerung, daß der Täter zumindest eine Bestrafung wegen seiner Tat ernsthaft befürchtet hat, falls der Antragsteller mit größerem Nachdruck, eventuell an höherer Stelle, die Anzeige weiter verfolgt hätte?

16. Abgeordnete  
**Hanna  
Wolf**  
(SPD)

Hält die Bundesregierung derartige Feststellungen in Anbetracht der ethnisch motivierten Vergewaltigungen für richtig bzw. für angemessen, und wenn nicht, hat sie dem Bundesamt in Zirndorf darüber entsprechend Mitteilung gemacht?

17. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard  
Hirsch**  
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß die deutsche Delegation im Rahmen der Gespräche der sogenannten EG-Einwanderungsminister bzw. der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Einwanderung die folgenden Länder als sogenannte „Sichere Herkunftsländer“ Bulgarien, Ghana, Indien, Liberia, Nigeria, Pakistan, Rumänien, Togo, Türkei, Zaire benannt hat, was bedeuten würde, daß für jeden Flüchtling aus diesen Ländern vermutet werden würde, er sei nicht aus politischen Gründen geflohen?

18. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard  
Hirsch**  
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß die deutsche Delegation im Rahmen der unter Frage 17 bezeichneten Gespräche die folgenden Länder als sogenannte „Sichere Drittländer“ Tschechische Republik, Slowakische Republik, Finnland, Indien, Pakistan, Polen, Nigeria, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn, Norwegen benannt hat, was bedeuten würde, daß Personen, die auf ihrer Flucht eines dieser Länder berührt haben, bei Erreichung der deutschen Grenze zurückgewiesen werden, auch wenn sie politische Flüchtlinge sind?

19. Abgeordneter  
**Norbert  
Gansel**  
(SPD)

Wie wurde die schnelle Ausreise Erich Honeckers ermöglicht, und aus welchen Gründen wurde er von vier Sicherheitsbeamten bis zu seinem Ankunftsort in Chile begleitet?

20. Abgeordneter  
**Jürgen Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Welche Gefährdung der Inneren Sicherheit Gesamtdeutschlands geht nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung von den Hunderttausenden ehemaligen Nomenklatur-Kadern der SED aus?
21. Abgeordneter  
**Jürgen Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Welche verfassungsschutzrelevanten Informationen liegen der Bundesregierung über die Organisationen „Initiativgemeinschaft zum Schutz sozialer Rechte der ehemaligen Angehörigen bewaffneter Organe“ bzw. „Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte der Stasi“ vor, und wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Organisationen und der PDS?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

22. Abgeordneter  
**Ulrich Heinrich**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung, angesichts der Vorgabe, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um bis zu 30 Prozent zu vermindern, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihre gesamte Fahrzeugflotte bei Neuanschaffungen nur noch mit Magermotoren oder mit alternativen, umweltfreundlichen Antriebssystemen oder mit CO<sub>2</sub>-neutralen Biokraftstoffen betriebenen Motoren auszustatten?
23. Abgeordneter  
**Manfred Opel**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung Investoren aus dem Westen und aus dem Ausland für Ostdeutschland gewinnen, wenn sie diese gleichzeitig bei der Investitionszulage und beim Grundstückskauf deutlich benachteiligt?
24. Abgeordneter  
**Ludwig Stiegler**  
(SPD)
- Welche generellen Vereinbarungen bestehen zwischen der Bundesregierung und den US-Streitkräften über das Verfahren der Umwandlung einer LN-Planstelle in eine US-Planstelle?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

25. Abgeordneter  
**Dr. Bernd  
Protzner**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Wettbewerbsverbesserung im Bereich der Stromwirtschaft ergreifen, sofern auf europäischer Ebene keine Einigung über die Vorschläge der EG-Kommission für die Richtlinien des Rates zum Elektrizitäts- und Gasmarkt erzielt wird?
26. Abgeordneter  
**Dr. Bernd  
Protzner**  
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Deregulierung im Bereich des Sachverständigenwesens auf nationaler und auf EG-Ebene gediehen, und wie gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang sicherzustellen, daß die bestehenden Qualitäts- und Sicherheitsstandards im technischen Prüfungs- und Sachverständigenwesen nicht beeinträchtigt werden?
27. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das KONVER-Programm der Europäischen Gemeinschaft zur Restrukturierung von Standorten, die von Truppenreduzierungen besonders betroffen sind, und in welcher Weise wird sie sich national daran beteiligen?
28. Abgeordneter  
**Simon  
Wittmann  
(Tännesberg)**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Europäische Gemeinschaft ab 1993 diejenigen Regionen fördert, die von der Truppenreduzierung besonders stark betroffen sind, und nach welchen Kriterien diese Mittel vergeben werden?
29. Abgeordnete  
**Renate  
Jäger**  
(SPD)
- Zu welchen Bedingungen (Standort, Arbeitsplätze usw.) erhält die Firma TADICOM für ihr geplantes Vorhaben in Dresden Fördermittel der Bundesregierung?
30. Abgeordnete  
**Renate  
Jäger**  
(SPD)
- Wie hoch ist der Anteil der Fördermittel im Verhältnis zum Stammkapital?



**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

31. Abgeordneter  
**Ulrich  
Heinrich**  
(F.D.P.)
- Wann liegt in der Frage des Standortes der beschlossenen Fachagentur „Nachwachsende Rohstoffe“ eine Entscheidung der Bundesregierung vor?
32. Abgeordneter  
**Dr. Fritz  
Schumann  
(Kroppenstedt)**  
(PDS/Linke Liste)
- Welche Mittel standen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in den Jahren 1990 bis 1992 pro Jahr für technische Hilfe an osteuropäische Staaten zur Verfügung, und welche Mittel wurden zu diesem Zweck im Haushalt von 1993 veranschlagt?
33. Abgeordneter  
**Dr. Fritz  
Schumann  
(Kroppenstedt)**  
(PDS/Linke Liste)
- Von welchen Grundsätzen läßt sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei der Vergabe von Aufträgen aus dem Haushaltstitel technische Hilfe leiten, und an wie viele auftragnehmende Consulting Firmen sind bislang die Mittel vergeben worden?
34. Abgeordneter  
**Dietmar  
Schütz**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung Norwegens, entgegen des bestehenden IWC-Moratoriums den kommerziellen Walfang wiederaufzunehmen, und welche konkreten Einflußmöglichkeiten sieht sie für sich, dieser Entscheidung entgegenzuwirken?
35. Abgeordneter  
**Dietmar  
Schütz**  
(SPD)
- Sind Meldungen zutreffend, wonach im Februar oder März 1993, also noch vor Wiederaufnahme des Walfangs durch Norwegen, eine Konferenz einiger IWC-Mitglieder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, stattfinden wird, auf der die Absicht Norwegens thematisiert werden soll, und welche Haltung würde die Bundesregierung auf einer solchen Konferenz einnehmen?
36. Abgeordneter  
**Horst  
Kubatschka**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der EG-Kommission, Pflanzenschutzmittel, deren Verwendung in der Bundesrepublik Deutschland aus gesundheits- oder umweltpolitischen Gründen verboten oder stark eingeschränkt ist (z. B. Atrazin, Lindan, Simazin), EG-weit zuzulassen, und sieht die Bundesregierung in den Plänen der EG-Kommission einen Widerspruch zu den strengen EG-Grenzwerten für Pflanzenschutzmittel?

37. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Wie kommen die 90 Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe u. a. auch das bei uns verbotene Atrazin auf die Liste der ab 1. Februar 1993 in Kraft tretenden Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 der Kommission zur Umsetzung der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (91/414/EWG), obwohl diese Wirkstoffe in der Bundesrepublik Deutschland verboten oder mit Auflagen versehen sind und obwohl die einheitlichen Grundsätze für die Bewertung von Pflanzenschutzmitteln noch nicht beschlossen sind, und was will die Bundesregierung unternehmen, um Mehrheitsentscheidungen des Ständigen Ausschusses für Pflanzenschutz ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und z. B. der Wasserwirtschaft über die EG-weite Zulassung von grundwasser- und luftbelastenden Pflanzenschutzmitteln, wie Atrazin, zu verhindern?
38. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die im Entwurf vorliegenden Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel im Rahmen der Richtlinie des Rates zur Festsetzung des Anhangs VI der Richtlinie 91/414/EWG (2646/VI/92-EN; Rev 2), und wie will sie einer möglichen Aushebelung des deutschen Gewässer- und Trinkwasserschutzes über diese Richtlinie und die Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 begegnen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter  
**Norbert Gansel**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung Indonesien die Lieferung von drei U-Booten und 39 Schiffen der ehemaligen NVA zugesagt hat, und wie läßt sich eine solche Zusage mit den Rüstungsexportgrundsätzen der Bundesregierung vereinbaren?
40. Abgeordneter  
**Manfred Opel**  
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Fehlbetrag, der im Jahr 1993 bei der Entwicklung des Jäger-90/EFA auftreten wird, und welchen Prozentsatz der Arbeitspakete wird die deutsche Wirtschaft bei der Entwicklung des Jäger-90/EFA im Jahr 1993 erhalten?

41. Abgeordneter  
**Reinhard Weis**  
(Stendal)  
(SPD)
- Welche soldatischen Fähigkeiten für friedenssichernde Maßnahmen der UNO entsprechend dem tradierten Verständnis solcher „UN-Blauhelmeinsätze“ könnten im Hinblick auf durch eine Grundgesetzänderung mögliche Einsätze der Bundeswehr in dem geplanten Gefechtsübungszentrum Colbitz-Letzlinger-Heide geübt werden?
42. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Welche konkreten militärischen Aufgaben hatten die deutschen AWACS-Besatzungen bei allen ihren Einsätzen unmittelbar vor und während des Golfkrieges?
43. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Zu welchem militärischen Zweck wurden die Aufklärungsergebnisse der AWACS-Einsätze über der Türkei während der Zeit des Golfkrieges an welche Kommandobehörde weitergegeben?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

44. Abgeordnete  
**Dr. Christine Lucyga**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die jetzt noch von der Treuhandanstalt betreute und in nächster Zeit zur Privatisierung vorgesehene Deutsche Seereederei GmbH (DSR) aufgrund finanzieller Zwänge und erheblicher struktureller Wettbewerbsnachteile zu westdeutschen Reedereien sich gezwungen sieht, einen großen Teil ihrer Schiffe ab April/Mai 1993 auszuflaggen?
45. Abgeordnete  
**Dr. Christine Lucyga**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, vor allem angesichts der dadurch drohenden Arbeitsplatzverluste für weitere 650 deutsche Seeleute und angesichts der strukturellen Benachteiligung gegenüber westdeutschen Reedern durch Altlasten und anderes, der Deutschen Seereederei eine Strukturhilfe zukommen zu lassen, die sie in die Lage versetzt, ihre notwendige Umstrukturierung in einem angemessenen Zeitrahmen sozial verträglich zu gestalten und möglichst viele Arbeitsplätze erhalten zu können?
46. Abgeordneter  
**Joachim Tappe**  
(SPD)
- Wie lange dauert erfahrungsgemäß für bisher realisierte Fernstraßenbauvorhaben nach derzeitigem Planungsrecht die Vorplanung, das Raumordnungsverfahren, die Umweltverträglichkeitsstudie, das Planfeststellungsverfahren mit Linienbestimmung und der Bau eines ca. 50 km langen Autobahnteilstückes in schwieriger Mittelgebirgslage?

47. Abgeordneter  
**Joachim Tappe**  
(SPD)
- Mit welchen zeitlichen Verkürzungen, beispielsweise für ein in Frage 46 genanntes Vorhaben, rechnet die Bundesregierung für ein beschleunigtes Verfahren nach dem vom Bundeskabinett beschlossenen und vom Deutschen Bundestag noch zu beschließenden Verfahrensbeschleunigungsgesetz?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

48. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Trifft der Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 21. Januar 1993 zu, daß der Bundesregierung angeblich ein Geheimgutachten zu Mischoxyd-Brennelementen (MOX) vorliegt, und falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung, dieses Gutachten zu veröffentlichen?
49. Abgeordneter  
**Christoph Matschie**  
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Entschädigungsregelung für die durch die WISMUT-Tätigkeit gesundheitlich geschädigten Personen der Wohnbevölkerung der Region, die nicht Arbeitnehmer der WISMUT waren, und ist sichergestellt, daß Reihenuntersuchungen nicht nur bei WISMUT-Angehörigen, sondern auch in der Wohnbevölkerung durchgeführt werden?
50. Abgeordneter  
**Christoph Matschie**  
(SPD)
- Ist vorgesehen, die Anzahl der Arbeitsjahre für WISMUT-Geschädigte, die Strahlenbelastungen ausgesetzt waren bzw. noch bei Sanierungsarbeiten sind, zu begrenzen, und wenn ja, wie soll eine entsprechende Regelung aussehen?
51. Abgeordneter  
**Klaus Harries**  
(CDU/CSU)
- In welchen gesetzlichen Bestimmungen sieht die Bundesregierung die verbindliche Rechtsgrundlage für Städte und Gemeinden, innerhalb einer bestimmten Frist die dritte Reinigungsstufe für Abwasseranlagen bauen zu müssen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation**

52. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Weng**  
(Gerlingen)  
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Fernsprech-Auskunft bei der Deutschen Bundespost künftig nicht nur über die Telefon-Nummern, sondern auch über die Adressen der Fernsprech-Teilnehmer Auskunft gibt?

53. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang  
Weng  
(Gerlingen)  
(F.D.P.)**
- Ist die Bundesregierung bereit, künftig Telefongeräte zuzulassen, bei denen der angerufene Teilnehmer – ggf. auf Wunsch und gegen Gebühr – die Telefon-Nummer des anrufenden Teilnehmers sehen kann?
54. Abgeordneter  
**Dr. Ulrich  
Briefs  
(fraktionslos)**
- Wann legt die Bundesregierung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts („Fangschaltungsurteil“) vom 25. März 1992 entsprechende Gesetzesentwürfe vor, die die Einrichtung von Fangschaltungen sowie die Speicherung von Gesprächsdaten über das jeweilige Gespräch hinaus, also die gesamte Kommunikationsdatenverarbeitung im ISDN, regeln, und beabsichtigt die Bundesregierung, die derzeit unzureichende Telekommunikations-Datenschutzverordnung und Unternehmens-Datenschutzverordnung lediglich in Gesetze umzuwandeln?
55. Abgeordneter  
**Dr. Ulrich  
Briefs  
(fraktionslos)**
- Wird der Bundesminister für Post und Telekommunikation als Aufsichtsbehörde der drei Postunternehmen die Deutsche Bundespost TELEKOM anweisen, vor einer abschließenden gesetzlichen Regelung keine Einzelentgeltnachweise im ISDN und D1-Netz anzubieten, und ist der Bundesminister für Post und Telekommunikation der Auffassung, daß die von Mannesmann Mobilfunk und Mehrwertdiensteanbietern bereits jetzt im D2-Netz angebotenen Einzelentgeltnachweise gesetzwidrige Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Abs. 1 GG der Angerufenen darstellen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

56. Abgeordneter  
**Claus  
Jäger  
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß der Vorsitzende der vor kurzem in Pilsen gegründeten „Demokratischen Partei Sudetenland“, Jaroslav Blümel, wegen ständiger gegen ihn gerichteter Drohungen und tätlicher Übergriffe die Tschechische Republik verlassen und in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt hat, und was wird die Bundesregierung zutreffendenfalls gegenüber der tschechischen Regierung unternehmen, um auf die Beachtung der Menschenrechte auf Vereinigungs- und auf Meinungsfreiheit in der Tschechischen Republik hinzuwirken?

- |                                                              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|--------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>57. Abgeordneter<br/><b>Claus Jäger</b><br/>(CDU/CSU)</p> | <p>Wird die Bundesregierung nach den massiven und offenbar auch in Zukunft nicht zu verhindernden Verletzungen des Embargos gegen Serbien nunmehr dafür eintreten, daß die Vereinten Nationen ihr Waffenembargo gegen Jugoslawien in bezug auf Bosnien aufheben, nachdem auch der Bundeskanzler inzwischen öffentlich Überlegungen in diese Richtung angestellt hat?</p> |
| <p>58. Abgeordneter<br/><b>Gernot Erler</b><br/>(SPD)</p>    | <p>Welche Maßnahmen und Aktivitäten hat die Bundesregierung nach Bekanntwerden des Urteils gegen den deutschen Journalisten Stephan Waldberg aus Waldkirch bei Freiburg unternommen, um eine möglichst umgehende Ausreise Waldbergs nach Deutschland zu ermöglichen?</p>                                                                                                 |
| <p>59. Abgeordneter<br/><b>Gernot Erler</b><br/>(SPD)</p>    | <p>Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die türkische Seite einzuwirken, um eine Ausreise des deutschen Journalisten Stephan Waldberg, der in einem politischen Prozeß, an dessen Rechtsstaatlichkeit Zweifel geboten sind, zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, aus der Türkei zu erreichen?</p>                                      |

Bonn, den 29. Januar 1993



